

## BFS-TRENDINFO

# 9/15

### Informationen für Führungskräfte der Sozialwirtschaft

#### Editorial

---

#### Arbeitsmarkt

Erzieherinnen: Harter Beruf, kein Kinderspiel

---

Psychologie: Schönheit zahlt sich aus

---

#### Gesundheit

App-solute Gesundheit: Datenschutz kann warten

---

#### Pflege

Umfrage: Vertrauen in die Pflege fehlt

---

#### Ökologie

Stadt der Zukunft: Lösungen, dringend gesucht

---

#### Neue Technologien

Mobile Commerce: Das Handy wird zum Geldbeutel

---

#### Europa

Antidiskriminierung in Europa: erneuter Vorstoß der Sozialverbände

---

#### Materialien

Etwas mehr Hirn, bitte!

---

#### Impressum

---

Die Bank für Wesentliches

## Editorial

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

sechs Millionen Menschen wollen (mehr) arbeiten. Das vermeldete das Statistische Bundesamt. Statistik – für den einen ein hervorragendes Instrument, um Entwicklungen nachzuvollziehen, die Gegenwart besser zu bewerten und Prognosen zu erstellen. Den anderen betrifft es persönlich – er ist Bestandteil dieser Statistik. Für ihn hängt seine Lebensfreude, sein Urlaub, die Art, wie er wohnt, oder die Ausbildung seiner Kinder daran, ob er Arbeit bekommt oder ein paar Stunden mehr arbeiten kann. In Zeiten, in denen immer mehr von Fachkräftemangel die Rede ist, ein Grund, einmal näher hinzuschauen.

Nach den Ergebnissen der Arbeitskräfteerhebung wünschten sich im Jahr 2014 sechs Millionen Menschen im Alter von 15 bis 74 Jahren Arbeit oder mehr Arbeitsstunden. Trotz der günstigen Arbeitsmarktentwicklung besteht ein erhebliches Potenzial an Arbeitskräften, das ungenutzt bleibt, heißt es beim Statistischen Bundesamt.

Dieses ungenutzte Arbeitskräftepotenzial setzt sich aus rund 2 Millionen Erwerbslosen, 1 Million Personen in Stiller Reserve und fast 3 Millionen Unterbeschäftigten zusammen. Unterbeschäftigte sind Erwerbstätige, die den Wunsch nach zusätzlichen Arbeitsstunden haben und dafür auch zur Verfügung stehen. Im Jahr 2014 waren in Deutschland 7,3 Prozent der Erwerbstätigen im Alter von 15 bis 74 Jahren nach eigenen Angaben unterbeschäftigt.

14,9 Prozent der Teilzeitbeschäftigten und 4,4 % der Vollzeitbeschäftigten wünschten sich zusätzliche Arbeitsstunden.

Den fast 3 Millionen Unterbeschäftigten standen knapp 1 Million Überbeschäftigte gegenüber, die weniger arbeiten wollten. Diese insgesamt 915.000 Personen haben den Wunsch, ihre Arbeitsstunden zu reduzieren und nehmen dafür weniger Einkommen in Kauf. Im Vergleich zum Vorjahr hat sich die Zahl der Überbeschäftigten um 45.000 Personen erhöht.

Personen in Stiller Reserve haben überhaupt keine Arbeit. Sie gelten nach den Kriterien der Internationalen Arbeitsorganisation jedoch nicht als erwerbslos. Zur Stillen Reserve gehören Personen, die zwar Arbeit suchen, allerdings kurzfristig (innerhalb von zwei Wochen) für eine Arbeitsaufnahme nicht zur Verfügung stehen. Dazu zählen auch Personen, die aus verschiedenen Gründen aktuell keine Arbeit suchen, aber grundsätzlich gerne arbeiten würden. Im Jahr 2014 machten ca. 5 % der Nichterwerbspersonen im Alter von 15 bis 74 Jahren die Stille Reserve aus.

Der Anteil von Frauen und Männern am ungenutzten Arbeitskräftepotenzial ist fast gleich. Bei den einzelnen Formen gibt es jedoch deutliche Unterschiede. Bei Unterbeschäftigung in einer Vollzeittätigkeit ist – anders als bei Unterbeschäftigung in einer Teilzeittätigkeit – auch im Jahr 2014 der Männeranteil höher.

Wohl dem, der genügend Arbeit hat! Jetzt, wo die Ferienzeit

vorbei ist, tut es gut, sich dies wieder einmal vor Augen zu halten.

In diesem Sinne wünschen wir Ihnen eine angenehme Lektüre.

Ihre Redaktion

## Arbeitsmarkt

# Erzieherinnen: Harter Beruf, kein Kinderspiel

Kinderbetreuung ist eine Boom-Branche. Eigentlich. Die Zahl der Beschäftigten in Kindertageseinrichtungen schnellte zwischen 2007 und 2014 um 44 Prozent auf rund eine halbe Million hoch. Mit dem Rechtsanspruch auf einen Kita-Platz für ein- und zweijährige Kinder seit 2013, zahlreichen neuen Kindertagesstätten und der Ausweitung von Öffnungszeiten und Betreuungsaufgaben hat sich in kurzer Zeit mehr verändert, als in Jahrzehnten zuvor. Aber statt Boom-Laune herrscht Katerstimmung. Die Arbeitsbedingungen sind schlecht, die fachlichen Anforderungen an das Personal haben zugenommen, die Bezahlung hinkt hinterher.

Der anhaltende Kita-Tarifstreit hat das öffentliche Bewusstsein für die Arbeitssituation der Erzieherinnen geschärft. Eine Studie des Bundesinstituts für Berufsbildung (BIBB) liefert nun den empirischen Unterbau. Die Sozialwissenschaftlerinnen Dr. Anja Hall und Ingrid Leppelmeier nehmen darin eine detaillierte Analyse der Arbeitsbedingungen, Belastungen und persönlichen Folgen für die Betroffenen vor. Die Ergebnisse sind geeignet, den Sonntagsreden um die Wertschätzung frühkindlicher Erziehung harte Fakten entgegenzuhalten und der anhaltenden Diskussion um eine angemessene Ausstattung des Berufs eine sachliche Basis zu geben.

### Zur Methode

Die Autorinnen stützen sich auf die aktuelle Welle der Erwerbstätigenbefragung durch das BIBB und die Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin (BAuA).

Befragt wurden 20.000 Erwerbstätige in Deutschland, darunter knapp 400 Erzieherinnen und Erzieher. Die Resultate ihrer Erhebung haben die Forscherinnen mit zahlreichen Studien zur Arbeitssituation in der Kindertagesbetreuung verglichen und dabei große Übereinstimmungen hinsichtlich des Befundes „besonders belastete Berufsgruppe“ gefunden. Wesentliche Ergebnisse im Überblick.

### Lärm und andere Belastungen

„Die **körperlichen Arbeitsbedingungen** der Erzieher und Erzieherinnen sind in einigen Merkmalen deutlich höher als die der Erwerbstätigen in anderen Berufen“, fand das Forscher-Duo Hallund Leppelmeier heraus.

Mit *Arbeiten* bei *Lärm* müssen sich 75% der Beschäftigten abfinden (andere Berufe: 23%), 55% empfinden das als belastend. Das Spielen mit den Kindern sowie nicht angepasste Sitzmöbel führen dazu, das 59% der Erzieher/innen überdurchschnittlich oft in *gebückter, hockender, kniender oder liegender Stellung* arbeiten (andere Berufe: 15,9%). Solche Fehlhaltungen sind häufig Ursache für Gesundheitsbeschwerden. 36% der Beschäftigten tragen und heben oft *Lasten*, meist Kinder (andere Berufe: 22,1%). Auffallend für die Berufsgruppe ist der häufige Umgang mit Krankheitserregern, Bakterien, Schimmelpilzen und Viren (37%; andere Berufe: 9%). 20% der Erzieherinnen nehmen das als belastend wahr.

### Vieles auf einmal, hart am Limit

In puncto **Intensität und Umfang der Arbeit** müssen Erzieher im Vergleich zu Erwerbstätigen anderer Berufe oft *unterschiedliche Arbeiten* zeitgleich im Auge behalten (84% vs. 58%) und fühlen sich deutlich öfter belastet (31% vs. 17%). Erzieher/innen müssen häufig bis an die *Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit* gehen (23% vs. 17%) und sind *häufigen Störungen und Unterbrechungen* ausgesetzt (48% vs. 43%). Zwar verbuchen sie seltener *starken Termin- und Leistungsdruck* (36% vs. 52%), empfinden diesen Druck jedoch als belastend (31%).

### Zufrieden mit Kollegen und Vorgesetzten

Auffällig ist das hohe Maß an *kognitiven Anforderungen*. Fast jede zweite Beschäftigte sieht sich häufig vor neue Aufgaben gestellt, in die sie sich *hineindenken und einarbeiten* muss (46%). „In diesen Arbeitsanforderungen, die den eigenen Handlungsspielraum kennzeichnen, ist eine Ressource zur Bewältigung von Stressoren zu sehen, weil sie Möglichkeiten zur Einflussnahme bieten“, merken die Autoren an.

Zur Bewältigung der Arbeit sind **Ressourcen** etwa in Form von sozialer Unterstützung oder von Handlungsspielräumen nötig. Erzieher/-innen stehen diese häufiger zur Verfügung als anderen Erwerbstätigen (78% vs. 42%). Sie können die eigene Arbeit häufiger planen und *einteilen*, sehen sich öfter als Teil einer Gemeinschaft und erhalten häufiger Unterstützung

durch Kollegen und Vorgesetzte.

## Mehr Stress, mehr Überforderung

Mehr Erzieher/innen als andere Erwerbstätige berichten über eine Zunahme von *Stress und Arbeitsdruck* in den letzten zwei Jahren (47% vs. 41,5%). Einen Zuwachs fachlicher Anforderungen gaben 60% der Befragten an (andere Berufe: 47%). Zugenommen hat auch eine Überforderung durch die Arbeitsmenge (28% vs. 18%) und – auf niedrigem Niveau – durch fachliche Anforderungen (6,3% vs. 4,1%).

Erzieher/innen sind wegen gesundheitlicher Beschwerden in den letzten 12 Monaten häufiger *krank* zu Hause geblieben als Angehörige anderer Berufsgruppen (70% vs. 51%). Viele sind zur Arbeit gegangen, obwohl ihr *Gesundheitszustand dagegen sprach* (70% vs. 57%).

Der Wunsch nach *vorzeitigem Ruhestand* ist bei Erziehern und Erzieherin erkennbar stärker ausgeprägt (77% vs. 65%), hauptsächlich wegen der anstrengenden Arbeit (55% vs. 22%), merken die Autorinnen an.

## Motivation besser als Bezahlung

„Befragt nach der **Zufriedenheit mit der Arbeit** zeigt sich, dass Erzieher/innen mit ihrem Einkommen, den Arbeitsmitteln und den körperlichen Arbeitsbedingungen wesentlich häufiger nicht oder weniger zufrieden sind als andere Erwerbstätige“, fassen

die Autorinnen diesen Punkt zusammen. Höher liegt die Arbeitszufriedenheit hingegen bei der Art und dem Inhalt der Tätigkeit, den Möglichkeiten, die eigenen Fähigkeiten anzuwenden, sich weiterzubilden und hinzuzulernen.

## Gesundheitliche Beschwerden

An erster Stelle stehen Schmerzen im unteren Rücken, Kreuzschmerzen sowie Beschwerden im Nacken- und Schulterbereich (65% vs. 46%). Von Kopfschmerzen während der Arbeit berichten 54%, von Symptomen körperlicher Erschöpfung 45% der befragten Erzieher/-innen (andere Berufe: 34% bzw. 35%). Psychische und psychosomatische Beschwerden wie emotionale Erschöpfung, Nervosität und Reizbarkeit plagen ebenfalls mehr Erzieher/-innen als Angehörige anderer Berufe (44% vs. 24%).

## Fazit: Den Stein des Anstoßes wegrollen

Erzieher und Erzieherinnen sind „eine besonders belastete Berufsgruppe“, urteilen Hall und Leppelmeier zusammenfassend. Zwar enthalten sich die beiden Wissenschaftlerinnen abschließenden Empfehlungen. Doch die Schlussfolgerung liegt nahe: Dürrtäge Bezahlung und schlechte Arbeitsbedingungen sind für Erzieher und Erzieherinnen ein großer Stein des Anstoßes. Hohes Durchschnittsalter, hohe Aussteigerrate und der häufige Wunsch nach vorzeitigem Ruhestand sprechen deutlich für die mangelnde Attraktivität der „Boom-Branche“. Mehr Wertschätzung für den Erzieherberuf

käme den Beschäftigten und Kindern nicht nur heute zugute: Noch ist kein Fachkräftemangel in der Kinderbetreuung und -erziehung erkennbar, doch der Bedarf an qualifizierten Fachkräften wird weiter steigen.

*Anja Hall, Ingrid Leppelmeier, „Erzieherinnen und Erzieher in der Erwerbstätigkeit. Ihre Arbeitsbedingungen, Arbeitsbelastungen und die Folgen“, Wissenschaftliche Diskussionspapiere, Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB), 32 Seiten, Bonn 2015.*

*Der Beitrag steht [hier](#) zum kostenlosen Download bereit.*

## Psychologie: Schönheit zahlt sich aus

Haben wir das nicht schon immer geahnt? Harmonische Gesichtszüge, Top-Figur, makellose Haut – gutes Aussehen erhöht nicht nur die Chancen bei der Partnerwahl, es verschafft auch eine bessere Position in der Berufswelt. Bewerberin vom Typus einer Keira Knightley oder eines George Clooney würde wohl jeder Personalchef gerne eine Chance geben. Werner Mang, der sich als Schönheitschirurg eine goldene Nase verdient hat, spricht es offen aus: „Gutes Aussehen ist ein Türöffner zum Erfolg. Schöne Menschen sind klar im Vorteil...“

Die Wissenschaft fühlt sich von diesem Thema schon lange angezogen. Bereits in den 50er Jahren trat US-Ökonom Gary Becker mit seinem Buch „The Economics of Discrimination“ eine Debatte los. Erstmals knöpfte sich der spätere Nobelpreisträger darin systematisch jene Auswahlmechanismen am Arbeitsmarkt

vor, die für die wirtschaftliche Produktivität unerheblich, aber für die Betroffenen nachteilig sind. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit – darauf warten viele Beschäftigte noch heute, die aufgrund ihres Geschlechts, ihrer Herkunft oder Hautfarbe diskriminiert werden. Oder eben wegen ihrer äußeren Erscheinung: Hübsches Gesicht und schlanke Figur zahlen sich aus, während das bebrillte Pummelchen im Arbeitsleben mit „negativer Rendite“ zahlt.

Hübsche Frauen verdienen in Deutschland rund 20 Prozent mehr als der Durchschnitt der Beschäftigten, attraktive Männer immerhin 14 Prozent, stellt jetzt Eva Sierminska vom Luxemburger Institut für Sozialforschung fest. Die Ökonomin erklärt in ihrem Beitrag für das Institut zur Zukunft der Arbeit (IZA), welche Berufe für eine Schönheitsprämie prädestiniert sind und welche vier Hauptursachen für Diskriminierung bzw. Bevorzugung am Arbeitsmarkt vorliegen.

## Schönheit gewinnt: Vier Ursachen für (positive) Benachteiligung

- **Diskriminierung durch den Arbeitgeber** Warum vermeiden Arbeitgeber die Besetzung von Jobs mit weniger attraktiven Menschen? Zum einen, weil sie persönliche Attraktivität vielleicht sogar unbewusst mit höherer Kompetenz, Beliebtheit und Produktivität assoziieren, sagt Ökonomin Sierminska. Zum anderen aber auch, weil sie schlichtweg lieber mit gutaussehenden

Mitarbeitern zusammenarbeiten. Dieses Wohlwollen gibt der Adressat an den Urheber zurück, eine klassische Win-Win-Situation.

- **Diskriminierung durch den Kunden** Schönheit verkauft sich. Das gilt laut Sierminska insbesondere für Berufe mit häufigem Kundenkontakt, etwa in Vertrieb und Dienstleistung. An der Hotelrezeption, in der Drogerie, im Mode- oder Autohaus ist der attraktive Mitarbeiter Teil des Marketings. Kunden lassen sich im Verkaufsgespräch gern von den positiven Assoziationen der Schönheit einfangen – aus dem Frustkauf wird ein Lustkauf, der Umsatz steigt. Seinen Erfolg kann der Beschäftigte in einen Karrierevorteil ummünzen.
- **Selbsteinschätzung und Berufswahl:** Neben Arbeitgeber und Kunden bestimmt auch die Selbsteinschätzung der Mitarbeiter, welchen Einfluss das Aussehen auf ihre Karriere nimmt. „Es ist erwiesen, dass sich die Beschäftigten selbst bezüglich ihres Aussehens orientieren.“ Soll heißen: Wer zu auffälligen Gesichtspickeln neigt, dürfte sich über seine Chancen für den Parfümerie-Job keine Illusionen machen. Eva Sierminska: „Menschen wählen ihren Beruf auch nach der relativen Rendite ihrer äußeren Merkmale aus. Gut aussehende Menschen steuern Jobs an, in denen körperliche Erscheinung für wichtig erachtet wird, während weniger attraktive Menschen sich davon fernhalten. Andernfalls wird von ihnen erwartet, produktiver für den gleichen Lohn zu arbeiten.“

- **Attraktivität macht schlau:** Die Voraussetzungen dafür, später einmal eine Schönheitsprämie einstreichen zu können, werden bereits in Kindheit und Jugend gelegt. Der hübsche Schüler erfährt mehr Aufmerksamkeit durch Lehrer und Gleichaltrige – eine Extra-Zuwendung, die seine Persönlichkeit formt. Selbstbewusstsein, Kommunikationsfähigkeit und Führungsqualitäten werden gestärkt, Schule, Studium oder Ausbildung absolviert er mit besseren Noten. Einige Studien zum Thema wollen sogar eine enge Beziehung zwischen Attraktivität und Intelligenzquotient festgestellt haben. Eva Sierminska: „Das deutet darauf hin, dass körperliche Attraktivität bereits in jungen Jahren zur Entwicklung von Humankapital und einer Investition in künftige Beschäftigungsmöglichkeiten führt.“

## Schönheit wählt Beamtenlaufbahn

Zwar gibt es keine allgemeinverbindliche Definition für Schönheit und Attraktivität. Allerdings herrscht in jeder Epoche spezielles Einvernehmen darüber, was ein schöner Mensch ist. Die Rubensfigur ist heutzutage chancenlos gegen Wespentaille und lange Beine. Methodisch kontrollierte Befragungen ergeben aussagekräftige Meinungsbilder zum weiten Spektrum von „unattraktiv“ bis „bildschön“. Ob Bewerbung oder Gehaltskonto: Überall in der Berufswelt spielt das Aussehen eine Rolle, auch beim Jobwechsel. Eva Sierminska zitiert eine Karriereuntersuchung aus den US, wonach Juristen, die vom

öffentlichen Dienst in die besser bezahlte Privatwirtschaft wechselten, höhere Attraktivitätswerte hatten als jene, die in die entgegengesetzte Richtung wechselten. Für Deutschland kommt die Wissenschaftlerin zu dem überraschenden Ergebnis, dass die schönsten Mitarbeiter ausgerechnet im Mittleren Dienst anzutreffen sind – möglicherweise, weil dort viele Frauen tätig seien. Denkbar sei aber auch, dass Beamte ausreichend Geld und Zeiten haben, um sorgsam an ihrem Äußeren zu feilen. Manager und leitende Angestellte schnitten ähnlich gut ab, während Landwirte und Arbeiter zu den Verlierern gehörten: Nicht einmal jeder Vierte gelte hier als attraktiv.

## Leistungsträger oder Blender?

Die Schönheitsprämie funktioniert in allen Gesellschaften, fand die Autorin heraus. Die höchsten Schönheitsprämien bekommen Frauen in Deutschland (20 Prozent) und China (18 Prozent), bei Männern liegen sie hierzulande bei 14 Prozent (für China kein Vergleichswert). In den USA und in Kanada erhalten schöne Mitarbeiter lediglich 5 bzw. 9 Prozent dazu. Möglicherweise liegt das an den strengen Anti-Diskriminierungsgesetzen, die zur weiten Verbreitung anonymisierter Bewerbungsverfahren führen.

Allerdings spricht Sierminska auch Grenzen des Konzepts an. Zahlreiche Untersuchungen etwa zur „positiven“ Diskriminierung durch den Kunden hätten nicht klar herausgearbeitet, ob diese Prämie das Resultat erhöhter Produktivität des Mitarbeiters oder der Bewertung durch die Kundschaft sei, also von persönlicher Leistung oder Blendkraft.

## Empfehlungen für die Praxis

„Die Häufigkeit beschäftigungsbezogener Diskriminierung aufgrund der äußeren Erscheinung hat in den vergangenen Jahren stark zugenommen“, stellt die Autorin fest. Wollen Politik und Wirtschaft gegensteuern, sollten sie zunächst den Blick auf die Ursachen der Diskriminierung stärker richten, empfiehlt Eva Sierminska. Liege etwa eine Diskriminierung durch den Arbeitgeber vor, könne die anonymisierte Bewerberauswahl helfen, Vorlieben und Vorurteile von Personalern auszuschalten. Vor allem große Unternehmen wenden dieses Verfahren häufig an, weil sie auf soziale Vielfalt im Rahmen des [Diversity Management](#) setzen. Ginge die Benachteiligung weniger gut aussehender Mitarbeiter hingegen vom Kundenverhalten aus, könne der Chef durch Mitarbeiterschulung zu Dress-Code, Styling und persönlichem Verhalten zur Problemlösung beitragen.

*Die englischsprachige Studie von Eva Sierminska, „Does it pay to be beautiful?“ ist über IZA World of Labor [hier](#) abrufbar.*

## Gesundheit

### App-solute Gesundheit: Datenschutz kann warten

Früher war es Pflichtpensum für Profi-Sportler, heute sammeln Millionen Nutzer auf Schritt und Tritt ihre Fitness- und Gesundheitsdaten. Die Smartwatch erinnert ihren trägen Besitzer an die fällige Bewegung, Fitness-Apps liefern die personalisierte Trainingsanleitung, das Smartphone zeichnet Puls und Kalorienverbrauch auf. Selftracking, das Erfassen und Auswerten von Körperfunktionen, ist zur modernen Antwort auf das uralte „Erkenne dich selbst“ geworden.

Der Markt für die kleinen, am Körper getragenen Gerätschaften (Wearables) und Apps boomt: Fast zwei Drittel der befragten Deutschen äußern Interesse, körperbezogene Parameter zu erfassen und auszuwerten. Mehr als 100.000 Smartphone-Apps rund um Gesundheit, Medizin und Fitness sind mittlerweile verfügbar. Aber wie werden diese hilfreichen Miniprogramme tatsächlich genutzt, wo sehen die Nutzer Risiken und Potenziale? Ein Team der Universität Bielefeld unter Leitung von Gesundheitswissenschaftler Christoph Dockweiler ging diesen Fragen nach. Eine bundesweite Online-Umfrage mit 675 Studierenden im Alter zwischen 18 und 30 Jahren bildet die empirische Basis.

#### Selbstkontrolle in Sport und Alltag

Für ein Drittel der Befragten gehören Gesundheits-Apps auf dem Smartphone zum Alltag. Über 70 % der Nutzer vergewissern sich damit, wie gesund und fit sie durch den Alltag kommen

(z. B. Schrittzähler, Schlafverhalten). Jeder Zweite nutzt Apps zur Kontrolle sportlicher Aktivitäten (z. B. Trainingspläne, Puls, Blutdruck), 28 % streben eine Leistungssteigerung im Alltag an (gesunder Lebensstil), 18 % verschaffen sich Informationen rund um Fitness und Gesundheit, z. B. spezielle Sportler-Ernährung und Pollenflugpläne. Bei jungen und aktiven Menschen spielt krankheitsbezogenes Nutzungsverhalten wie Arztsuche (14 %), Stressbewältigung (10 %) und soziale Vernetzung mit anderen Betroffenen (7 %) naturgemäß eine geringe Rolle.

#### Selftracking: Was treibt die Nutzer an?

Wer mobile Apps nutzt, sieht in ihnen unverzichtbare Helfer für eine gesunde und fitnessorientierte Lebensführung. Schneller Zugriff auf eigene Daten (63 %), Kontrolle des persönlichen Gesundheits- und Leistungsstands (67 %), Informationen (58 %) und Wegweisung für einen gesundheitsförderlichen Lebensstil (59 %) sind besonders häufige Motive. Die krankheitsbezogene Nutzung bezieht sich vor allem auf die Einnahme von Medikamenten und die Verwaltung von Arztterminen (57 %).

#### Bedenken in der Theorie ...

78 % der App-Nutzer wünschen sich, dass Ärzte sie beraten, wie sie die Technik richtig einsetzen können. Gleichzeitig zeigen sie sich in der Theorie höchst sensibel für Fragen des Datenschutzes – jedenfalls dann, wenn sie gezielt dazu befragt

werden. Mehr als 90 % erwarten eine Sicherung der Qualität von Gesundheits-Apps und wollen informiert werden, wie ihre Gesundheitsdaten verwendet werden. Klar ausgeprägt ist die Sorge vor der Verwendung persönlicher Daten zu Werbezwecken, dem Zugriff durch Unbefugte und einer unzureichenden Qualitätskontrolle der App-Inhalte. Mehr als 90 % der Nutzer wollen die Info-Quellen für die Programme und Empfehlungen genannt wissen, jeder Dritte interessiert sich dafür, wer die App finanziert.

#### ... in der Praxis bedenkenlos

So weit, so kritisch. An Skepsis in puncto Datenschutz, Qualitätssicherung und Wirksamkeit der App-Nutzung fehlt es bei den Studierenden nicht. Die Auswertung vorliegender Daten gemäß einem wissenschaftlichen Modell der Technikakzeptanz ergibt aber ein ganz anderes Bild: „Kommt es zu einer abschließenden Entscheidung für oder gegen ein entsprechendes Produkt, hat die Wertigkeit derartiger Aspekte keinen signifikanten Einfluss auf die Nutzungsakzeptanz“, stellen die Bielefelder Forscher nüchtern fest. Viel entscheidender sei, so Dockweiler, wie groß der Gesundheitsgewinn eingeschätzt wird, wie andere Nutzer sowie Freunde die App bewerten und ob anfallende Kosten selber zu tragen sind. Kurzum: Selbstoptimierung ist Trumpf, Datenschutz kann warten. Dockweiler: „Gerade mit Blick auf Risiken wie den Datenmissbrauch zeigt sich hier ein bemerkenswerter

Verdrängungsprozess, der allerdings auch damit einhergeht, dass das bisherige Wissen der Nutzerinnen und Nutzer zu gering ist.“ Gerade einmal jeder Dritte fühle sich über die potenziellen Risiken der Nutzung ausreichend informiert.

## Und was bedeutet das nun?

Die auffallende Diskrepanz zwischen Bedenken und Verhalten dürfte niemanden überraschen. „Der Geist ist willig, doch das Fleisch ist schwach“, besagt eine Redensart; Bequemlichkeit und Lustgewinn lassen gute Vorsätze nicht nur im digitalen Alltag über Bord gehen. Doch die Wissenschaftler sehen ihre Studie als Ausgangspunkt für neue Erkenntnisse darüber, wie Gesundheitstechnologien künftig besser auf die Bedürfnisse der Nutzer zugeschnitten werden können.

„Entscheidend ist, dass wir Apps entwickeln, die den Nutzerinnen und Nutzern auch einen echten Mehrwert bringen. Das heißt, dass wir in einem so sensiblen Bereich Standards für Qualität und Transparenz benötigen“, fordert Dockweiler. Das, so schränkt er ein, möge mit Blick auf die Messung sportlicher Aktivitäten noch banal klingen, werde aber im Falle ernster gesundheitlicher Probleme höchst relevant. Es gehe darum, medizinischen Nutzen und potenzielle Risiken besser einschätzen zu können, gezielter zu erforschen, ob sich mittels Apps auch wirklich langfristige Gesundheitseffekte erzielen

ließen. Bereits bei der Konfektionierung einer App müsse der Bedarf der Nutzer sorgfältig erforscht werden – etwa durch

Befragungen und Akzeptanzstudien, die den langfristigen Nutzungsprozess untersuchen.

*Christoph Dockweiler, Ricarda Boketta, Jan Hendrik Schneck und Claudia Hornberg: „Nutzungsverhalten und Akzeptanz von smartphonebasierten mHealth-Applikationen bei jungen Erwachsenen in Deutschland“, Universität Bielefeld, Fakultät für Gesundheitswissenschaften, Juli 2015*

*Der Beitrag kann [hier](#) heruntergeladen werden.*

*Die Studie wurde kürzlich vor Fachpublikum präsentiert. Die Folien sind online abrufbar unter: [www.telemed-berlin.de](http://www.telemed-berlin.de)*



## Pflege

# Umfrage: Vertrauen in die Pflege fehlt

Die Mehrheit der Deutschen beurteilt die Qualität der Pflegeeinrichtungen hierzulande skeptisch, ergab eine Befragung der Deutschen Gesellschaft für Qualität (DGQ). 58 Prozent stimmten der Aussage „Unsere Standards sind so hoch, schlechte Pflege ist hier kein Problem“ nicht zu. Doch es gibt auch gute Nachrichten: Drei Viertel der Befragten äußerten, bisher überwiegend positive Erfahrungen mit Pflegeeinrichtungen gemacht zu haben. „Die Umfrage wendete sich zunächst an Verbraucher, d.h. potenziell Betroffene bzw. Beteiligte“, nennt DGQ-Präsident Udo Hansen den Zweck der Erhebung. „Die Ergebnisse sollen darüber hinaus den Pflegeeinrichtungen und der Gesundheitspolitik Impulse für die notwendige Diskussion um zielführende und vertrauenswürdige Qualitätskriterien geben.“

### Zur Methode

Für die repräsentative Umfrage befragte die DGQ gemeinsam mit dem Marktforschungsinstitut Innofact 1.032 Personen zwischen 18 und 69 Jahren. Die Online-Erhebung fand im April 2015 statt, Mehrfachnennungen waren möglich. Die DGQ versteht sich als „praxisnahe Plattform engagierter Fachleute aus allen Unternehmensebenen und Leistungsbereichen zum Thema Qualität“ und hat nach eigenen Angaben bundesweit 6.500 Mitglieder.

### Was den Deutschen wichtig ist

Der Grund für die Skepsis der Bundesbürger: Der zur Reform anstehende Pflege-TÜV mit seinem Benotungssystem für Pflegeeinrichtungen bietet keine zuverlässige Orientierung. Dabei ist laut DGQ-Studie klar, worauf es den Befragten ankommt. Die Qualifikation des Pflegepersonals ist für die Deutschen wichtigstes Kriterium bei der Auswahl von Pflegeeinrichtungen oder -diensten, wichtiger noch als die Kosten der Unterbringung (55 vs. 42 Prozent). An dritter Stelle in der Entscheidungsfindung steht der Zugang zu ärztlicher Versorgung (36 Prozent). Der Sympathiefaktor des Pflegepersonals rangiert fast gleichauf (34 Prozent). Das heißt, Zuwendung und respektvoller Umgang mit den Pflegebedürftigen spielen eine entscheidende Rolle bei der Auswahl, schlagen sich im aktuellen Benotungssystem jedoch nicht nieder. Keinen übermäßigen Einfluss auf die Wahl einer Pflegeeinrichtung hat hingegen das Kriterium „Qualitätssiegel“ oder „Heim mit etabliertem Qualitätsmanagement“ (26 Prozent).

### Vertrauen und Orientierung fehlen

Vielen Verbrauchern fehlt es an Orientierung, sie sind in der Beurteilung von Pflegeeinrichtungen verunsichert. Das drückt sich in ihrem widersprüchlichen Meinungsbild aus. Fast 60 Prozent der Deutschen wissen, dass Pflegeeinrichtungen einer regelmäßigen, staatlichen vorgeschriebenen

Qualitätsprüfung unterliegen, für fast die Hälfte der Befragten kommt die Wahl einer Einrichtung ohne professionelles und zertifiziertes Qualitätsmanagement nicht in Frage. Zugleich halten fast 41 Prozent der Umfrageteilnehmer Qualitätssiegel und notenbasierte Bewertungen für unsinnig.

„Als Verbraucher sehen sich die Befragten mit einer unübersichtlichen Flut von Gütesiegeln und Zertifikaten konfrontiert und fühlen sich überrumpelt. In den meisten Fällen kennen sie die Siegel nicht, geschweige denn die dahinter stehenden Prüfkriterien, sofern diese existieren“, heißt es seitens der DGQ. Was letztlich Qualität ausmache, entscheide jeder für sich selbst, frei nach dem Motto: „Qualitätsmanagement ist ja ganz schön, aber meine Entscheidung für eine Pflegeeinrichtung hängt dann doch von meinem persönlichen Urteil über die Qualität der Einrichtung ab.“

Im Grunde ist es ein verheerendes Zeugnis für den Pflege-TÜV in seiner noch gültigen Form: Wenn es darauf ankommt, vertrauen die Deutschen ihrem eigenen (unsicheren) Urteil und der Empfehlung aus dem Bekanntenkreis mehr als den staatlich verordneten Qualitätskriterien.

### Alternative Wohnformen willkommen

Das Gute liegt so nah – von wegen! Eine Betreuung im Alter durch Familienangehörige zu Hause können sich nur

20 Prozent vorstellen. Eigenständigkeit ist Trumpf: Betreutes Wohnen mit professioneller Pflege führt die Wunschliste aller Befragten an (48 Prozent).

Die Betreuung durch einen ambulanten Pflegedienst in den eigenen vier Wänden ziehen 37 Prozent vor. Mit zunehmendem Lebensalter gewinnt diese Variante an Zuspruch. Die Mehrheit der Befragten zwischen 50 und 69 Jahren würde lieber daheim wohnen, entweder durch einen Pflegedienst oder durch private, gegebenenfalls ausländische Pflegekräfte betreut.

Alt und Jung unter einem Dach, das Mehrgenerationenhaus, hat ebenfalls viel Befürworter (37 Prozent). Eine Senioren-Wohngemeinschaft kommt für ein Drittel in Betracht. Tagespflege und Pflegeheim sind dagegen abgeschlagen. Nur 17 bzw. 12 Prozent der Befragten haben diese Art zu wohnen auf ihrer Wunschliste. „Die aktuelle Befragung zeigt: Neue Formen des betreuten Wohnens für Senioren sind gefragt. Qualität muss auch bei diesen alternativen Formen gewährleistet sein“, resümiert die Studie.

## Ausländer rein

Die Deutschen stehen Fachkräften aus dem Ausland offen gegenüber. Eine satte Mehrheit der Befragten (63 Prozent) gab an, keinerlei Probleme damit zu haben, zu Hause von einer ausländischen Pflegekraft betreut zu werden. Auch bei der Wahl der Pflegeeinrichtung spielt muttersprachliches Fachpersonal keine entscheidende Rolle. Nur jeder Siebte würde diesen Aspekt bei der Auswahl besonders berücksichtigen (14 Prozent).

Die Wertschätzung von Pflegekräften aus dem Ausland fordert die Politik heraus. „Die Anerkennung von im Ausland erworbenen Qualifikationen wird zunehmend wichtig, um dem Fachkräftemangel zu begegnen. Viele Pflegeeinrichtungen scheitern bei der Einstellung ausländischer Pflegeexperten an bürokratischen Hürden. Das muss sich ändern“, sagt Hansen.\*

## Fazit: Weichen für ausgebildetes Pflegepersonal stellen

„Im Pflegesystem fehlen Reformen und Fachkräfte“, fasst die Studie zusammen. „Es fehlt an Transparenz. Die Qualität leidet. Pflegebedürftige und ihre Angehörigen haben das Vertrauen verloren.“ Verbraucheraufklärung in Sachen Qualität sei das A und O. Ein hoher Informationsbedarf bestehe – dazu, was gute Qualität in der Pflege ausmacht und wie Verbraucher diese erkennen, aber auch zu den Kriterien, die dem Pflege-TÜV zugrunde liegen und dessen Bewertungssystematik. Kranken- und Pflegekassen sowie Ärzte und Pflegeeinrichtungen seien in besonderer Weise gefordert, Orientierung zu leisten. Das eigentliche Problem liege aber nicht in der Erkenntnis des Missstands, sondern in der Umsetzung zukunftsweisender Lösungen. „Hier ist vor allem die Politik gefordert, ausgebildetes Pflegepersonal zu fördern und den Pflegeberufen ein attraktives Image zu vermitteln.“

\*Siehe dazu auch BFS-Trendinfo 8/2015, „Fachkräfterekrutierung in der Pflegebranche“

„Qualität in der Pflege 2015. Eine Verbraucher-Umfrage der Deutschen Gesellschaft für Qualität e.V. (DGQ)“, 30 Seiten, April 2015

Der Beitrag kann als Folienvortrag mit den wichtigsten Studienergebnissen [hier heruntergeladen](#) werden.

## Ökologie

### Stadt der Zukunft: Lösungen, dringend gesucht

Die Mega-Metropole soll in China entstehen. Peking will mit zwei Nachbarregionen zur größten Stadt der Welt verschmelzen. Bis zu 130 Millionen Menschen sollen dort auf einer Fläche so groß wie Bayern leben und arbeiten.

Der Trend ist unverkennbar: Im Jahr 2050 leben drei Viertel der Weltbevölkerung in Städten und Metropolregionen, schätzen Forscher. Globale Entwicklungen wie Nahrungsmittelknappheit, Klimawandel sowie steigender Energie- und Mobilitätsbedarf erfordern schon heute vorausschauendes Handeln.

Passend zum „Wissenschaftsjahr 2015 – Zukunftsstadt“ stellt die aktuelle Ausgabe des Forschungsmagazins „Perspektive Erde“ vier konkrete Projekte vor. Sie alle sind vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) gefördert und zeigen exemplarische Lösungen für eine zukunftsfähige Stadt. Die Projekte werden nachfolgend dargestellt.

#### Urbane Landwirtschaft – eine Zukunftsstrategie

Sie nennen sich Gartenpiraten und Guerilla-Gärtner: Gestresste Großstädter, die den Schrebergarten wiederentdecken und Industriebrachen beackern. Ganz gleich, ob nur der Wunsch nach persönlicher Erdung dahintersteckt oder hochfliegende Öko-Visionen – gegen existentiellen Mangel muss da niemand angärtnern. Anders sieht es in den wachsenden Mega-Cities der Entwicklungs- und Schwellenländer aus. Der ressourcenschonende Anbau von Nutzpflanzen in oder nahe

den bevölkerungsreichen Ballungszentren ist dort eine Frage des Überlebens.

Ein Pilotprojekt in Ouled Ahmed in Marokko setzt ein Zeichen. Ouled Ahmed ist eine der ärmeren Siedlungen am Rand von Casablanca. Zunehmend zieht es Menschen wegen des starken Anstiegs der Mieten aus der Großstadt hierher. Die Einwohnerzahl hat sich in den letzten zehn Jahren auf mehr als 23.000 verdoppelt. Alle größeren Städte Marokkos kämpfen mit der hohen Zuwanderung. Wegen des Wohnungsmangels wuchern an ihren Ausläufern häufig derartige halboffizielle Siedlungen ohne eigene gewerbliche Basis wie Ouled Ahmed.

Im Mittelpunkt des Projekts steht ein Schulgarten, in dem die Kinder selbst Hand anlegen. Das benötigte Wasser stammt aus einem Hamam von der gegenüber liegenden Straßenseite. Eine Solaranlage erhitzt das Badewasser, eine Pflanzenkläranlage bereitet das Abwasser für die Nutzung im Garten auf, die Phosphatrückstände aus Seife und Shampoo dienen als kostenloser Dünger. Der Garten ist mittlerweile nicht nur Lernort für Kinder. Er fungiert auch als sozialer Treffpunkt der Anwohner. Ein angrenzender 1.600 Quadratmeter großer Gemeinschaftsgarten versorgt acht Familien mit Gemüse und Kräutern und sichert ihnen ein kleines Einkommen. Nach diesem Vorbild sollen in naher Zukunft 400 Hamams in der Region umgerüstet werden. Das Projekt wurde vom BMBF zwischen 2008 und 2014 mit 6,4 Millionen Euro gefördert.

#### Dynaklim – Wetterextreme und Wasserwirtschaft

Das Klima in unseren Breiten wird künftig von nassen, gemäßigt kalten Wintern und heißen Sommern mit heftigen Starkregenfällen geprägt sein. Diese Veränderungen werden sich spürbar auf den Wasserhaushalt und die Lebensbedingungen der Menschen auswirken, sagen die Autoren von „Perspektive Erde“ voraus. Das Projekt „Dynaklim“ spürt exemplarisch den Konsequenzen für die Emscher-Lippe-Region nach, einer der dichtest besiedelten Wirtschaftsräume Europas.

Unter dem Namen „Wassersensible Stadtentwicklung“ greift „Dynaklim“ die Gefahr der Überflutung von Kellern und Straßen durch sommerlichen Starkregen auf. Zu den Maßnahmen gehören zum Beispiel die Identifizierung besonders gefährdeter Orte und die präventive Anpassung der Entwässerung. So wird zum Beispiel in Duisburg ein Skatepark vertieft angelegt, damit er im Falle eines Falles reichlich Regenwasser aufnehmen kann und eine nahegelegene Straße verschont bleibt.

Wetterbezogene Maßnahmen zum Thema „Hitzeangepasste Stadtstrukturen“ hingegen reichen von aufgelockerter Bebauung über die Schaffung von Wasserarealen bis zur Begrünung von Industriebrachen. Ein von „Dynaklim“ neu entwickeltes Boden-Informationssystem soll Kühlungspotenziale für Teile des Ruhrgebiets ausfindig machen.

## Rapid Planning – gegen den Wildwuchs

Die Städte von morgen müssten immer mehr Menschen Wohnraum bieten, eine funktionierende Infrastruktur für Verkehr, Ver- und Entsorgung vorhalten und dies auch noch klima- und umweltschonend, schreiben die Autoren von „Perspektive Erde“. Diese Prozesse effektiv zu steuern, erfordere ein gutes Infrastruktur-Management. Hier setzt „Rapid Planning“ an: Das Projekt untersucht in vier urbanen Zentren, welche Mittel dafür vor Ort nötig sind: Kigali (Ruanda), Da Nang (Vietnam), Assiut (Ägypten) und Frankfurt am Main.

Betrachten wir das Beispiel Kigali: Die ruandische Hauptstadt mit derzeit 1,1 Millionen Einwohnern soll nach dem Willen der Regierung um ehrgeizige 4,5 Prozent pro Jahr wachsen. Um diesen Prozess nicht dem Wildwuchs zu überlassen, erhebt derzeit ein Team von deutschen und ruandischen Forschern relevante Daten. Mit Messgeräten streifen sie durch die Wohnviertel und befragen die Bewohner mit eigens entwickelten Apps etwa nach ihrem Energie- und Wasserverbrauch sowie nach Art und Mengen des Abfalls.

Diese Daten unterstützen Überlegungen, ob sich eine Sammelstelle für Wertstoffe lohnt, wo eine Biogasanlage sinnvoll ist und auf welchem Weg die gewonnene Energie zu den Bürgern kommt. Ausgangspunkt der Planungen ist die Befragung der Menschen vor Ort, um deren Unterstützung zu

gewinnen. Was kann eine hochentwickelte Metropole wie Frankfurt davon lernen? „Genau dieser partizipative Charakter ist ein Aspekt, den sich Frankfurt von Kigali abschauen könnte“, meinen die Autoren.

## ZukunftsWerkStadt fördert Bürgerdialog

Dieses Projekt zielt ebenfalls auf die Einbeziehung der Bürger. Weltweit wohnen immer mehr Bürger in Städten. Dieser Umbruch schafft wachsende und schrumpfe Ortschaften. Die „ZukunftsWerkStadt“ will diesen Prozess möglichst nachhaltig und transparent gestalten. Elf deutsche Städte und Landkreise wurden ausgewählt.

So stand in *Leipzig* die öffentliche Aufbereitung des Haushaltsplans an. Um das anspruchsvolle Thema nicht weiter nur den Profis aus Politik und Verwaltung zu überlassen, entwickelte eine zweiköpfige Koordinierungsstelle mehrere öffentliche Gesprächs- und Abstimmungsformate. Dabei wurden kommunale Strategien vor dem Hintergrund knapper Kassen diskutiert, eine schriftliche Umfrage initiiert und per Stichprobe ausgewählte Bürger aus verschiedenen Stadtteilen, Generationen und Berufsgruppen zu einem Workshop eingeladen. „Fortan finden regelmäßig vor der Verabschiedung des Haushalts Bürgerworkshops statt“, nennen die Autoren ein ermutigendes Ergebnis. Zielgruppenorientierte Online-Beteiligung soll die Aktivitäten künftig ergänzen.

Der *Landkreis Harz* geht ebenfalls neue Wege bürgerschaftlicher Partizipation. In der Einheitsgemeinde Osterwieck, einer schrumpfenden Ortschaft mit verwaister City, sollen die Menschen überzeugt werden, ihre Kommune lebenswerter zu gestalten. Das Ergebnis: 2014 wurde die erste Dorfladen-Genossenschaft in Sachsen-Anhalt mit mehr als 100 Mitgliedern gegründet. Der „Kindermonat“ bietet unter Beteiligung von Vereinen, Unternehmen und Sponsoren aus der Region ein attraktives Bildungs- und Sportangebot, das für den Nachwuchs kostenlos ist.

## Fazit

Die Stadt als Schicksalsraum dürfte eines der wichtigsten künftigen Forschungsfelder werden. Ein Planungsziel muss immer im Zentrum stehen: Selbst anspruchsvollste Innovationen müssen mit den Voraussetzungen vor Ort und den Bedürfnissen der Bürger kompatibel sein.

*„In der Stadt der Zukunft. Intelligent – klimafreundlich – ökologisch?“, in: Perspektive Erde. Forschung zum globalen Wandel, Seite 2-8, Ausgabe 01/2015. Ausgewählte Projekte des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF), herausgegeben vom Deutschen Zentrum für Luft- und Raumfahrt e.V. (DLR) und dem VDI Technologiezentrum GmbH.*

*Das Magazin steht [hier](#) zum kostenlosen Download bereit.*

Mehr Informationen:

[BMBF-Seite zur Zukunftsstadt](#)

[FONA-Seite zu Klimaforschung](#)

## Neue Technologien

# Mobile Commerce: Das Handy wird zum Geldbeutel

Zücken, zahlen, fertig. Im Supermarkt einfach das Smartphone am elektronischen Lesegerät vorbeiziehen, keine Suche mehr nach verlegten Gutscheinen oder Konzerttickets – die digitale Geldbörse verspricht dem Verbraucher unendlich viel Komfort. Mit dem Smartphone als Alltagsbegleiter hat er seinen Geldautomaten immer dabei. Dennoch ist Deutschland beim Thema Mobile Payment ein Entwicklungsland. Der Bürger will noch nicht so recht einsehen, warum er sein vertrautes Portemonnaie ausmustern soll. Bedenken zur Sicherheit und zum Schutz der Privatsphäre lassen ihn mit der schönen neuen Welt des digitalen Bezahls fremdeln.

Experten sagen dem Mobile Payment jedoch eine große Zukunft voraus. Internet-Konzerne, Payment-Anbieter und Mobilfunkbetreiber wie Google, Amazon, PayPal und Vodafone sind längst zum Wettlauf um die Vormacht bei den digitalen Bezahldiensten angetreten. Das aktuelle Apple iPhone 6 mit der Authentifizierung per Fingerabdruck könnte sich als Meilenstein erweisen. Die deutsche Wirtschaft ist alarmiert, den Anschluss bei der Entwicklung digitaler Zahlungssysteme zu verpassen und den expansiven High-Tech-Giganten wachsende Anteile vom eigenen Kerngeschäft überlassen zu müssen. Gerade erst konnten sich die deutschen Genossenschaftsbanken, Sparkassen und Privatbanken auf die gemeinsame Bezahlplattform „Paydirekt“ einigen. Sie soll Anfang November in Betrieb gehen.\*

## Damit Deutschland wettbewerbsfähig bleibt

Vor diesem Hintergrund wollen Forscher der Hochschule für Technik und Wirtschaft des Saarlandes vor allem dem stationären Handel zukunftsweisende Möglichkeiten zur Teilhabe am Mobile Commerce aufzeigen. „Ziel war es, organisatorische und technologische Optionen zu identifizieren, zu bewerten und Marktteilnehmern Handlungsempfehlungen an die Hand zu geben, um künftig wettbewerbsfähig zu bleiben“, so das Team um die Professoren Frank Hälsig, Nicole Schwarz und Stefan Selle. Ein Ergebnis vorweg: Die Bezahlfunktion allein reicht nicht aus. Erst alltagsfreundliche Mehrwertdienste könnten dem Mobile Payment breite Akzeptanz verschaffen.

## Methodische Aspekte

Basis der Untersuchung sind zahlreiche Experteninterviews sowie die Auswertung eines Workshops, bei dem sich 30 Branchenexperten der Bewertung zentraler Themenschwerpunkte stellten. Eine repräsentative Kundenbefragung Anfang 2015 mit 6.500 Teilnehmern in Kooperation mit der Globus SB-Warenhaus Holding GmbH & Co. KG soll Erkenntnisse zur Akzeptanz mobiler Bezahlssysteme auf der Anwenderseite beisteuern. Der Schwerpunkt der Studie liegt auf mobilen Endgeräten (z. B. Smartphone, Smartwatch), die der Kunde am Point of Sale einsetzt.

## Hand auf dem Portemonnaie ...

Gegenwärtig scheint die Voraussage einiger Branchenpropheten vom nahen Durchbruch mobiler Bezahldienste noch sehr gewagt. Gemäß Kundenbefragung stellen EC-Karte und Bargeld mit einem Anteil von 86 % bzw. 81 % die mit Abstand am häufigsten eingesetzten Zahlungsmittel im stationären Handel dar. An dritter Stelle rangiert die Kreditkarte (44 %), während nur 5 % der Befragten kontaktlos oder mobil bezahlen.

Nicht zuletzt die Transaktionskosten entscheiden über das Ausmaß künftiger Verschiebungen der Marktanteile. „Ob der Anteil an Bargeldzahlungen und anderer klassischer Verfahren durch neuere Verfahren wie M-Payment zurückgedrängt wird, ist laut Meinung der Händler in starkem Maße von den Kosten dieser neueren Verfahren abhängig.“ Die Händlerkosten reichen von 0,05-0,1 % (Barzahlung) über 0,3 % (EC-Cash) bis zu 1-1,8 % (Kreditkarten) vom Umsatz. Zwar nehme der Anteil der Barzahlung am Einzelhandelsumsatz stetig ab, werde aber in den nächsten Jahren wohl nicht so schnell ersetzt, meinen die Studienautoren.

## ... aber Wandel in Sicht

Aus der Konsumentenbefragung leiten die Wissenschaftler allerdings ein erhebliches Wachstumspotenzial für das

Smartphone als Zahlungsmittel ab. Der geringen Nutzung als mobilem Geldbeutel steht der weitaus häufigere Einsatz bei anderen konsumbezogenen Aktionen gegenüber: etwa beim Preisvergleich (41 % der Nutzer), zum Einholen von Produktinformationen (30 %) und beim Shopping auf mobilen Webseiten (26 %). Diese Vorgänge helfen langfristig, Vertrauen auch in die Zahlungsfunktion aufzubauen.

Bei 74% der Befragten sprechen Sicherheitsbedenken gegen Mobile Payment. Als zweithäufigsten Grund von Skepsis nannten 55 % mangelnde Informiertheit, gefolgt von der Sorge steigender Kosten und einer zu geringen Zahl von anbietenden Einzelhändlern. Auffallend, dass nur ein Drittel der Befragten überhaupt die Möglichkeit kennt, mit Smartphone oder per SMS zu zahlen. Eine stärkere Kommunikation sehen die Autoren also als erste Händlerpflicht: „Somit müssen Handelsunternehmen die Akzeptanz bei den Konsumenten aufbauen und diese – neben den praktischen Vorteilen bei der alltäglichen Nutzung – vor allem von der Sicherheit der Technologie überzeugen.“ Der Aufwand dürfte sich rechnen: Sollten ihre Bedenken ausgeräumt sein, wären die Befragten bereit, mobile Bezahldienste auch für größere Beträge zu nutzen.

Trotz aktueller Skepsis äußern sich die Befragten zuversichtlich zum eigenen Anwenderverhalten in drei Jahren. 34 % können sich vorstellen, dass sie zu diesem Zeitpunkt das Smartphone als gelegentliche Zahlungsart nutzen. Für SMS und In-App-Payment wird ein Wachstum um 20 % geschätzt.

Mehr als die Hälfte der Befragten beurteilt einen über die reine Zahlungsfunktion hinausgehenden Mehrwert als persönlichen Anreiz für die mobile Abrechnung. An erster Stelle stehen Mobile Receipts (Quittungen), Coupons und Treuepunkte. „Dieser Kundenwunsch nach ‚Expense Tracking‘ (= Ausgabenüberwachung, Red.) wurde bislang vollkommen vom Handel unterschätzt, reiht sich jedoch in den aktuellen Trend des Self-Tracking (= Selbstvermessung, Red.) ein.“

### Empfehlung: Think big, start small

Die Untersuchung mündet in die Empfehlung an den deutschen Handel, „nicht zu viel eigene Energie“ in die Einführung mobiler Bezahlssysteme zu stecken. Agile Anbieter wie Apple, Google, PayPal oder Payback hätten hier bereits erfolgversprechende Strukturen etabliert.

Der Einstieg in den mobilen Handel solle eher nach dem Motto „think big, start small“ erfolgen: über die Entwicklung händlerspezifischer Apps, welche die Kundenwünsche maßgeschneidert aufgreifen. Solche Apps könnten zum Beispiel zur Verwaltung von Einkaufslisten, zur Filial- und Produktsuche sowie zur Produktinformation und -bewertung dienen. Spezielle Augmented-Reality-Anwendungen (AR = erweiterte Realität) etwa für diätbewusste Kunden oder Allergiker dürften die Akzeptanz erhöhen.

Ein steiniger, aber unvermeidlicher Weg wird in das neue

Zeitalter des mobilen Handels und Bezahlers führen, sind die Forscher aus dem Saarland überzeugt. Die deutsche Wirtschaft müsse hier „schnellstmöglich aktiv partizipieren“ und dürfe nicht nur abwarten, um dann auf den Zug aufzuspringen.

*Frank Hälsig, Nicole Schwarz, Stefan Selle, „Untersuchung und Entwicklung von integrativen Lösungen im Mobile Commerce in Deutschland. Eine Studie im Rahmen des Research Pool 2014.“ In Kooperation mit der Globus SB-Warenhaus Holding GmbH & Co. KG, gefördert von der Akademischen Partnerschaft ECR Deutschland / GS1 Germany, Hochschule für Technik und Wirtschaft des Saarlandes, Saarbrücken, April 2015*

*Den Beitrag gibt es [hier](#) im kostenlosen Download.*

*Eine Präsentation mit wichtigen Studienergebnissen findet sich [hier](#).*

*\* Zum digitalen Bezahlssystem „Paydirekt“ siehe Süddeutsche Zeitung, „Bezahlsystem: Familienzoff“, 29. 7. 2015*

## Europa

# Antidiskriminierung in Europa: erneuter Vorstoß der Sozialverbände

Am 23. Juli 2015 haben 45 soziale Organisationsen in Europa, darunter der AWO Bundesverband, der Paritätische Gesamtverband, die Bundesvereinigung Lebenshilfe, die Bundesarbeitsgemeinschaft der Senioren-Organisationen (BAGSO) der Bundesjugendring und der Deutsche Behindertenrat, einen gemeinsamen Appell an die deutsche Bundesregierung gerichtet. Sie fordern, die Verhandlungen um eine EU-Antidiskriminierungsrichtlinie wieder aufzunehmen.

*„Alle Personen sind vor dem Gesetz gleich. Diskriminierungen, insbesondere wegen des Geschlechts, der Rasse, der Hautfarbe, der ethnischen oder sozialen Herkunft, der genetischen Merkmale, der Sprache, der Religion oder der Weltanschauung, der politischen oder sonstigen Anschauung, der Zugehörigkeit zu einer nationalen Minderheit, des Vermögens, der Geburt, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Ausrichtung, sind verboten“ (Charta der Grundrechte der EU, Artikel 21, 22).*

In Bezug auf Diskriminierung ist die Europäische Grundrechtecharta unmissverständlich. Dennoch gaben in einer Sonderausgabe des Eurobarometers im Jahr 2008 etwa 15 Prozent der Befragten an, diskriminiert worden zu sein. Meist geschieht dies zwar nicht durch direkte diskriminierende Gesetzgebung, oft aber durch fehlende Maßnahmen um Diskriminierung vorzubeugen. Berichtet wird beispielsweise von der Verweigerung von Hotelzimmern oder Lokalverboten für homosexuelle Paare, der Verweigerung der

Autovermietung für Menschen, die ein bestimmtes Alter überschritten haben, von der Zugangsverweigerung auf Betriebsgelände aufgrund einer Behinderung oder der Verweigerung der Wohnungsvermietung aufgrund muslimischen oder jüdischen Glaubens.

Um einen besseren Schutz vor derartiger Diskriminierung in Europa zu gewährleisten, hat die EU-Kommission im Jahr 2008 einen Vorschlag für eine neue Antidiskriminierungsrichtlinie vorgelegt. Die Verhandlungen scheiterten jedoch drei Jahre später im Ministerrat insbesondere durch den Widerstand der deutschen Regierung. Im Juli 2015 haben nun 45 Organisationen an die Bundesregierung appelliert, die Verhandlungen wieder aufzunehmen.

## Die derzeitige EU-Gesetzgebung

Das derzeit gültige EU-Recht basiert auf eine EU-Richtlinie für die Verwirklichung der Gleichbehandlung in Beschäftigung und Beruf vom November 2000. In Deutschland wurde diese mit dem Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz (AGG), das im August 2006 in Kraft trat, umgesetzt. Da diese Regelung jedoch nur im Falle eines Beschäftigungs- bzw. Arbeitsverhältnisses gilt, hatte die EU-Kommission im Juli 2008 einen Vorschlag für eine erweiterte Antidiskriminierungsrichtlinie vorgelegt. Diese sollte auch in Bereichen außerhalb des Arbeitsmarktes schützen, etwa in den Bereichen soziale Sicherheit und Gesundheitsversorgung, Bildung oder Zugang zu Waren und Dienstleistungen für die

Öffentlichkeit, einschließlich Restaurants, Hotels, Bars, Transporte, Geschäfte, Finanzdienstleistungen und Wohnraum. Jedoch sah auch dieser neue Vorschlag der Kommission vor, dass der Anspruch auf Gleichbehandlung im Geschäftsverkehr weiterhin nur gegenüber professionellen Geschäftspartnern rechtlich einklagbar sei.

Obwohl in Deutschland die genannten Bereiche von den Antidiskriminierungsgesetzen erfasst sind, ist dies nicht in allen Mitgliedstaaten der Fall, so dass Menschen dort keinen oder nur unzureichenden Schutz vor Diskriminierung und sozialer Ausgrenzung haben. Laut den Organisationen, die sich für eine neue EU-Richtlinie einsetzen, würde eine Neuregelung wesentlichen Einfluss auf die Bekämpfung struktureller Diskriminierungsmuster und sozialer Ausgrenzung in diesen Ländern haben.

## Die gescheiterten Verhandlungen

Der Vorschlag der EU-Kommission fand breite Unterstützung, im EU-Parlament stimmten 363 Abgeordnete bei 226 Gegenstimmen für die Annahme. Die Verhandlungen scheiterten jedoch im Ministerrat, insbesondere am öffentlichen Widerstand Deutschlands. Zwar hatten auch andere Mitgliedstaaten formale Einwände und Bedenken gegen die geplante Richtlinie geäußert, jedoch waren alle anderen Mitgliedstaaten außer Deutschland zu weiteren Verhandlungen bereit.



Für die Ablehnung einer Neuregelung gab es mehrere Gründe: Zum einen gab es generelle Bedenken, dass die geplante Richtlinie die Zuständigkeit der EU-Kommission überschreiten und somit die Kompetenzen der Mitgliedstaaten beschneiden könnte. Dies wird für Deutschland insbesondere im Bildungsbereich, einer Kernkompetenz der Bundesländer, ein Problem. Zudem würde in den meisten Fällen das grenzüberschreitende Element fehlen, was wiederum einem Verstoß gegen das sog. „Subsidiaritätsprinzip“, einem der Grundsätze der EU, gleichkommen würde.

Wesentlich konkrete Bedenken gab es jedoch bei der Formulierung des Gesetzestextes, welcher laut der deutschen Delegation eine Vielzahl von unklaren Begrifflichkeiten enthielt. Auch würde eine Abschätzung über die finanziellen Folgewirkungen fehlen, was ein Standardverfahren für jedes Gesetz sei. Aus diesem Grund warnte etwa der Deutsche Industrie- und Handelskammertag vor unabsehbaren finanziellen und bürokratischen Belastungen für die Wirtschaft, was zu erheblichen Belastungen für mittelständische Unternehmen führen könnte.

## Forderungen an die Bundesregierung

Aus Sicht der Organisationen, welche sich an die Bundesregierung gewendet haben, ist die bisherige deutsche Blockade im Ministerrat nicht vertretbar, insbesondere unter

Berücksichtigung der schon existierenden Gesetzgebung in Deutschland und der Tatsache, dass alle 27 anderen Mitgliedstaaten für weitere Verhandlungen bereit wären. Daher fordern die Organisationen die Bundesregierung auf, ihre generelle Ablehnung aufzugeben, die Verhandlungen wieder aufzunehmen und zusammen mit der EU-Kommission, dem Europäischen Parlament und den EU-Partnern an einer starken europäischen Regelung gegen Diskriminierung zu arbeiten.

Die Organisationen verweisen darauf, dass sich Deutschland im Amsterdamer Vertrag 1997 dazu verpflichtet hat, seine Bürgerinnen und Bürger vor Diskriminierung aufgrund von Geschlecht, ethnischer Herkunft, Religion und Glaube, Behinderungen, Alter oder sexueller Orientierung zu schützen. Dies sei in Deutschland mit dem Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz sowohl in Arbeits- als auch in Privatrecht bereits etabliert worden. In anderen europäischen Ländern würden derart klare Schutzmaßnahmen jedoch noch nicht existieren, weshalb eine europäische Regelung notwendig wäre.

## Erfolgsaussichten: Fehlanzeige

Auch die neu gewählte EU-Kommission möchte sich nicht mit den gescheiterten Verhandlungen zufrieden geben und hat der Annahme der Antidiskriminierungsrichtlinie Priorität eingeräumt. Dies stellte EU-Kommissionspräsidenten Jean-Juncker bereits vor seiner Wahl im Juli 2014 in seinen politischen Leitlinien klar: „Die Antidiskriminierungsrichtlinie bleibt auf dem Tisch, und ich werde versuchen, den Rat davon zu überzeugen, diese zumindest in ihren Grundzügen so schnell wie möglich anzunehmen.“ Die Annahme der Richtlinie erfordert jedoch eine Einstimmigkeit im Rat. Eine europäische Gesetzgebung gegen den Willen der Bundesregierung ist daher in diesem Fall nicht möglich. Es bleibt abzuwarten, wie die deutsche Position sich entwickelt.

*Den ursprünglichen Vorschlag der EU-Kommission für eine Richtlinie zur Anwendung des Grundsatzes der Gleichbehandlung vom Juli 2008 kann diesem [Link](#) entnommen werden. Den gemeinsamen Appell an die Bundesregierung gibt es [hier](#).*

## Materialien

### Etwas mehr Hirn, bitte!

Hüther, Gerald: Etwas mehr Hirn, bitte. Eine Einladung zur Wiederentdeckung der Freude am eigenen Denken und der Lust am gemeinsamen Gestalten

Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 2015, 187 Seiten, 19,99 €, ISBN: 978-3-525-40464-5

Beim ersten Lesen von Gerald Hüthers aktuellem Buch stellt sich ein Déjà-vu-Gefühl ein: Vieles wirkt vertraut, vorausgesetzt man hat das eine oder andere Buch von Deutschlands bekanntestem Hirnforscher gelesen. Oder seinen Vorträgen gelauscht. Seine Themen sind das Schulsystem, die Lebenswelt der Kinder, einschließlich des Zappelphilipp-Syndroms ADHS und die digitale Computerwelt. Mittlerweile hat der studierte Biologe über 20 populärwissenschaftliche Bücher darüber geschrieben. Zuletzt hatte sich der 64 Jahre alte Naturwissenschaftler für ein Sabbatical-Jahr aus der Öffentlichkeit zurückgezogen und anfangs gar nicht die Absicht gehabt, noch ein Buch zu schreiben. „Etwas mehr Hirn, bitte“ ist nicht nur sein bisher schwierigstes Buch, wie Gerald Hüther es nennt, sondern ist auch sein persönlichstes Werk. Und es lohnt sich zu lesen.

„In diesem Buch versuche ich sehr konsequent der Frage nachzugehen, warum die Art und Weise unseres gegenwärtigen Zusammenlebens nicht so ist, wie sie sein müsste, damit es uns gut täte“, erläuterte Gerald Hüther im Interview mit unserer Autorin. „Aus diesem Grund hat mich zu nehmend

beschäftigt, wie eigentlich unsere Beziehungen aussehen und weshalb es so schwer ist, einander wirklich zu begegnen und zu sehen, wie es dem anderen geht.“

#### Dünger fürs Gehirn

Für den „Bildungsguru“, wie Gerald Hüther von Kritikern genannt wird, ist das Gehirn in erster Linie ein dynamisches Organ. Aus diesem Grund fordert er seit über 20 Jahren „Dünger fürs Gehirn“: Gemeint ist Begeisterungsfähigkeit, kindliche Entdeckerfreude oder einfach nur liebevolle Begegnungen. Für den Professor aus Göttingen galt die bisherige Hirnforschung lange als überholt, denn sie berücksichtigte nicht, dass es überwiegend die menschlichen Erfahrungen sind, die das Hirn vom Mutterleib bis zu den letzten Tagen formen. Im Vorwort schreibt Hüther:

„Weil das, was den Menschen vom Zeitpunkt seiner Geburt an bis ins hohe Alter glücklich macht – dazu zählt auch all das, was ihm in schwierigen Situationen irgendwie weiterhilft –, individuell sehr verschieden ist, bekommen wir alle auch sehr unterschiedliche Gehirne, mit denen wir dann auch unterschiedlich denken, fühlen und handeln. Es hat lange gedauert, bis ich das verstanden habe.“

#### Nur Fachidioten werden glücklich

Er setzt sich in seinem aktuellen Buch mit unserem

Selbstverständnis und unserem Zusammenleben auseinander und entfaltet auf knapp 200 Seiten gut lesbar die Essenz seines bisherigen Nachdenkens. Ganz ohne Fußnoten und Quellenangaben. Im ersten Teil beschäftigt sich der Neurobiologe mit dem Leben als „Erkenntnisgewinnendem Prozess“ und sucht nach den Ursachen für viele Missstände. Einer der Hauptverursacher ist für den Sachbuchautor die Wettbewerbsgesellschaft, die wie eine Art „Naturgesetz“ einfach hingenommen wird. Dadurch entsteht für Gerald Hüther ein enormer Druck in Familien, Schule, Partnerschaft oder Beruf. Er bemängelt aber auch das permanente Reglementieren von Geburt an. So sei eine Gesellschaft entstanden, „in der nur Fachidioten und Leistungssportler vielleicht glücklich werden“. Um dies zu verändern, plädiert der Familienvater für weniger Konkurrenz und für mehr vertrauensvolle Beziehungen.

#### Anderen Menschen begegnen

„Das Entscheidende, was alle Menschen brauchen, damit sie sich weiter entwickeln können, ist Begegnung.“ Das ist es, was Gerald Hüther mit dem Titel seines Buches meint: „Etwas mehr Hirn, bitte“ bedeutet ja nicht: Bitte strengen Sie sich richtig an. Mehr Hirn entsteht vielmehr automatisch dann, wenn ich mit einem anderen Menschen in eine Begegnung komme, mich austausche und die Erfahrungen teile. Dann habe ich innerhalb kürzester Zeit und der andere auch, doppelt so viel Hirn wie vorher, als ich noch allein gewesen bin.“ Diese simple Tatsache

berührt laut Hüther unsere Gesellschaft und unser gegenwärtiges Zusammenleben in allen Bereichen.

## Neuronale Netzwerke im Hirn

Im zweiten Teil seines Buches erläutert Gerald Hüther, wie sich das menschliche Gehirn durch soziale Erfahrungen strukturiert. Wie all diese neuronalen Netzwerke im Hirn entstehen, die unsere Vorstellungen, Überzeugungen und inneren Einstellungen bestimmen. Der Hirnforscher ist fest davon überzeugt, Menschen können sich nur verändern, wenn sie begreifen, weshalb sie so geworden sind, wie sie sind. Wieso sie unangenehme Gefühle wie Schmerz, Ohnmacht, Traurigkeit und Angst verdrängen. Oder durch Alkohol, viel Arbeit oder exzessives Shoppen abspalten.

## Mehr Hirn durch mehr Begegnung

Gerald Hüther plädiert stattdessen für „die Freude am eigenen Denken und die Lust am gemeinsamen Gestalten“, wie es im Untertitel seines Buches heißt. Gemeint ist die ziemlich simple Erkenntnis: Mehr Hirn durch mehr Begegnung. Lieber mit Freunden über Sorgen und Ängste sprechen als einsam vor sich hinleben. Das bildet laut Gerald Hüther ungemein.

## „Ich werde kein weiteres Buch mehr schreiben.“

Und er macht einen ungewöhnlichen Vorschlag:

Selbstverständlich gewordene Verhaltensweisen hinterfragen, das Denken auf gar keinen Fall anderen überlassen, sondern lieber den schmerzhaften Weg der Selbsterkenntnis wählen. Hüther gesteht im Interview, dass es ihm „ein bisschen wehgetan hat“, dies auch auf sich selbst zu beziehen: „In dem Augenblick, wo ich Bücher schreibe, kommt man in so eine Ratgeberrolle und macht die anderen zu Objekten seiner Belehrungen. Es will aber niemand immerzu belehrt werden, sondern was Menschen brauchen ist Gelegenheit auszuprobieren, was für sie gut ist, was ihnen gut tut, was sie glücklich macht.“ Aus diesem Grund habe er auch beschlossen, kein weiteres Buch mehr zu schreiben: „Das brauche ich nicht mehr. Ich habe das Gefühl, dass ich alles gesagt habe, was ich sagen konnte.“

## Individualisierte Gemeinschaftsinseln

Im dritten Buchabschnitt beschäftigt sich der charismatische Vortragsredner mit zwei Fragen: Weshalb kann niemand seine Potenziale allein im stillen Kämmerlein entfalten? Und wie sollten wir am besten zueinander in Beziehung stehen? Für Gerald Hüther steuert unserer Gesellschaft schnurstracks in Richtung Vereinzelung: Singles, Individualisten, Kleinfamilien oder Karrierekämpfer. Dieser Trend im Kleinen zeige sich auch in großen Gemeinschaften und politischen Strukturen. Darauf wies er als Gastredner zuletzt auch in Stuttgart beim Deutschen Fürsorgetag hin. Klammere Kommunen und überschuldete Gemeinden bluten seiner Meinung nach zusehends aus. Vereine, kulturelle und soziale Einrichtungen sterben.

Großfamilie war gestern. Lebendiges kommunales Leben vielerorts auch. Bekämpft wird dieses wachsende Problem bisher nur mit einer Überdosis immer gleicher Forderungen: Sparen und Wachstum – für Gerald Hüther ein Teufelskreis.

## Potentiale entfalten

Gerald Hüther unterscheidet in seinem Buch „Etwas mehr Hirn, bitte“ vor allem die Subjekt- und Objektbeziehungen. Anstatt sich gegenseitig wie Objekte zu benutzen, zu bewerten und auszubeuten plädiert er wieder für individualisierte Gemeinschaftsinseln wie Vereine, Netzwerke, Gemeinden oder Arbeitsgemeinschaften. Dort können sich die Mitglieder ohne Leistungsdruck als Subjekte wahrnehmen, wertschätzend und ohne Neid – eine wichtige Voraussetzung, um ihre Potentiale zu entfalten. Dazu schreibt er: „Um unsere Potentiale entfalten und weiterentwickeln zu können, sind wir auf Begegnungen und Austausch mit anderen Gemeinschaften angewiesen, um das hier wie dort vorhandene Wissen miteinander zu verknüpfen.“

## Wendepunkt der Beziehungskultur

Kohärenz nennt es der Neurobiologe, wenn man Gelegenheiten schafft, in denen Menschen das Gefühl entwickeln können: „Wow, jetzt passt es. Jetzt kann ich das, was ich gerne möchte, in meinem Leben auch tatsächlich verwirklichen.“

Hier kann ich gemeinsam mit anderen über mich hinauswachsen.“ Die Veränderung hin zu lebendigen

Gemeinschaften muss aber von innen kommen. Sie beginnt für Gerald Hüther im Kopf jedes Einzelnen. Und das gehe nur einer neuen Art des Umgangs miteinander: „Wenn ich die Zeichen der Zeit nicht ganz falsch deute, sind wir genau an einem solchen Wendepunkt unserer bisherigen Beziehungskultur angekommen.“

## Kaum zu glauben: Der Sinn des Lebens ist ein Tabu

Gerald Hüther beschäftigt sich in „Etwas mehr Hirn, bitte“ abschließend auch mit der verblüffenden Erkenntnis, dass die Frage nach dem Sinn des Lebens in Europa offenbar ein absolutes Tabu ist. Der Hirnforscher weiß, dass jeder Mensch, der etwas gefunden hat, das seinem Leben Sinn gibt, kaum noch verführbar und manipulierbar ist. „Der muss nicht alles kaufen, der hat seinen Platz in dieser Welt gefunden und fällt als Konsument oder als Objekt der Werbeindustrie komplett aus. Das ist wohl der Grund, weshalb wir Menschen brauchen, die nicht wissen, wofür sie leben wollen, damit wir ihnen alle möglichen Produkte aufdrehen können. Das ist schon eine harte Erkenntnis und die geht schon an die Grundfesten unseres gegenwärtigen Selbstverständnisses.“

## Eine eigene Sinngebung suchen

„In einer gewissen Weise weigern wir uns alle, uns mit dieser Frage zu beschäftigen“, bilanziert Hüther abschließend auf seine unnachahmliche präzise Art. „Die nachwachsende Generation kann das noch besser, als die etwas älter Gewordenen.“

Wenn man jungen Leuten mit der Frage kommt, warum sie auf der Erde herumtappen, dann gucken die einen komisch an und sagen: Ich will es schön haben. Die wissen es nicht, weil es ihnen im Gegenteil regelrecht absurd erscheint, in dieser verrückten Welt eine eigene Sinngebung zu suchen.“ Allein dem Hirn zuliebe lohnt es sich aber offenbar, dieser Frage nachzugehen.

## Fazit

Gerald Hüther erkannte während seines Sabbaticals, dass das menschliche Gehirn sein Potential am besten in Netzwerken entfalten kann. Deshalb gründete der Neurobiologe gemeinsam mit Kollegen voriges Jahr in Göttingen eine „Akademie für Potentialentfaltung“. Mit einem Regionalsitz in Wien und demnächst in Zürich. Diese Akademie soll, als eine Art Genossenschaft, neue Lebensformen dabei begleiten, andere Arten des Miteinanders auszuprobieren. „Ich versuche andere Menschen einzuladen, zu ermutigen, zu inspirieren, dass die sich selbst auf die Strümpfe machen und das funktioniert ziemlich gut.“ Und wer sich mit mehr Eigenverantwortung für eine Gemeinschaft einsetzt, an der sein Herz hängt, statt sich auf abstrakte, ineffiziente Verwaltungen zu verlassen, der spart am Ende sogar Ressourcen. Das ist für Gerald Hüther kommunale Intelligenz.

## Impressum

### Verlag/Herausgeber:

BANK FÜR SOZIALWIRTSCHAFT AG

Wörthstraße 15-17

50668 Köln

Telefon 0221 / 97356-237

Telefax 0221 / 97356-479

### Redaktion:

Susanne Bauer (v. i. S. d. P.), [s.bauer@sozialbank.de](mailto:s.bauer@sozialbank.de)

Jörg Bärschneider, [joerg.baerschneider@gmx.de](mailto:joerg.baerschneider@gmx.de)

Hella Krauß, [h.krauss@sozialbank.de](mailto:h.krauss@sozialbank.de) (Editorial)

Maicke Mackerodt, [info@mackerodt.de](mailto:info@mackerodt.de) (Materialien)

Tobias Nickl (Büro Brüssel), [t.nickl@eufis.de](mailto:t.nickl@eufis.de) (Europa)

ISSN: 1869-7631

Erscheinungsweise: monatlich